

# Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 3—4

März — April 1969

2 Schilling

## Freiheit für Spanien!

Vor dreißig Jahren wurde die heldenhaft kämpfende spanische Republik von den Francofaschisten besiegt. Dies war nur möglich, weil die spanischen Faschisten von Hitler und Mussolini aktiv unterstützt wurden. Aus eigener Kraft wäre Franco mit den Republikanern, die sich auf die große Mehrheit des Volkes stützen konnten, nie fertig geworden.

Von 1936 bis 1939 kämpften in den Internationalen Brigaden auch Österreicher, vor allem Schutzbündler und junge Sozialisten, die auf spanischem Boden den im Februar 1934 begonnenen Kampf gegen den Faschismus fortsetzten.

Die Redaktion des „Sozialistischen Kämpfers“ hat Genossen Medizinalrat Dr. Josef Schneeweiß, der zu diesen österreichischen Spanienkämpfern gehörte, gebeten, uns in einem Artikel das große Erlebnis dieses antifaschistischen Kampfes zu schildern. Wir veröffentlichen nachstehend diesen Artikel und ein damals von Genossen Schnepf verfaßtes Gedicht, das nach Österreich geschmuggelt und hier in der illegalen Zeitung der Studenten abgedruckt wurde.

Der Funke des Widerstandes, entzündet im Februar-kampf 1934 in Österreich, sprang über auf den Norden Spaniens, auf Asturien. Dort kämpften die Bergarbeiter im Oktober 1934 14 Tage gegen eine erzreaktionäre Regierung, bis die spanische Fremdenlegion unter General Franco sie niederwarf. Der Kampf für die Befreiung von 30.000 politischen Gefangenen war eine der beiden Hauptparolen der Volksfront bei den Wahlen im Februar 1936.

Der heldenhafte fast dreijährige Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus und seine deutschen und italienischen Helfershelfer schaffte die psychologische Voraussetzung, den Krieg an Hitler zu erklären. Ohne diesen Widerstand hätten es die führenden bürgerlichen Politiker in Frankreich und England kaum gewagt, dem waffenstarenden Hitlerdeutschland entgegenzutreten.

### „No pasaran“

Die Parole aus dem belagerten Madrid „No pasaran“ — „sie werden nicht durchkommen“ wurde zur Losung der von Hitler besetzten Länder in ganz Europa. So ließen die spanischen Partisanen, berühmt durch den Roman von Hemingway, Hitlers und Mussolinis Stunde schlagen. Aber dem spanischen Volk selbst nützte das heldenhafte Beispiel nichts. Wir in Österreich danken ihnen zum Teil unsere Freiheit. Sie aber

leben noch immer über 30 Jahre unter dem faschistischen Joch. Es ist ungeheuerlich. Es fehlen die Worte, um die ganze Schmach dieses Zustandes auszudrücken.

Was ein kleines Land tun konnte, um unseren spanischen Brüdern zu helfen, haben wir getan. Man muß in Rechnung stellen, daß wir selbst unter der austrofaschistischen Diktatur lebten und später ein Teil des Dritten Reiches wurden. 1700 Österreicher eilten im Laufe des spanischen Bürgerkrieges in dieses ferne Land. Wir stellten im Verhältnis zu unserer Bevölkerungszahl den größten Anteil in den Internationalen Brigaden. 700 österreichische Freiwillige ruhen in spanischer Erde.

Im Juli 1937, zu dem Zeitpunkt, an dem die meisten Österreicher nach Spanien kamen, wurde sogar ein eigenes österreichisches Bataillon, das den stolzen Namen „12. Februar“ trug, aufgestellt. Es kämpfte mit drei deutschen Bataillonen im Rahmen der 11. Brigade. Unter den österreichischen Antifaschisten waren auch 100 Schutzbündler, die an den Februarkämpfen teilgenommen hatten und in der Sowjetunion aufgenommen worden waren.

Dr. Julius Deutsch wurde General der republikanischen Armee und übernahm die Küstenverteidigung. Nach der Niederlage der spanischen Republik, die nur durch den massiven deutschen und italienischen Einsatz möglich gewesen war, vergleichbar mit der rie-

sigen Materialüberlegenheit der Alliierten am Ende des zweiten Weltkrieges, führte unser Weg in die französischen Internierungslager und von dort in die deutschen Konzentrationslager.

Etlche unter uns, denen es gelang zu flüchten, kämpften in den Widerstandsbewegungen der besetzten Länder, vor allem in Frankreich und Jugoslawien, ja sogar in Österreich. Hunderte von uns gingen während des zweiten Weltkrieges in Konzentrationslagern und im Kampf zugrunde. Heute leben noch etwa 350, die den Tag ersehnen, bis sich das erfüllt, wofür wir gekämpft haben: der Sieg der spanischen Republik — Freiheit für Spanien.

So hat, um einen Ausdruck Friedrich Engels zu gebrauchen (in der Einleitung zum deutschen Bauernkrieg), auch das österreichische Volk seine revolutionäre Geschichte: Von den aufständischen Bauern Stefan Fadingers über die Arbeiter und Studenten des Jahres 1848, die Metternich stürzten, zieht ein roter Faden zu dem Jännerstreik 1918, zum 15. Juli 1927 und Februar 1934 bis zu dem Weg der österreichischen Freiwilligen der spanischen Republik.

Ihnen zu Ehren wird ein Gemeindebau im Wiener 10. Bezirk nach *Rudi Friemel* benannt, einen revolutionären Sozialisten und Spanienkämpfer, der im Konzentrationslager Auschwitz gehenkt wurde.

## Gedicht eines österreichischen Spanienkämpfers

Im Schützengraben vor Huesca im Oktober 1936 von Dr. Josef Schneeweiß geschrieben; veröffentlicht in der illegalen Zeitung der RS-Studenten „Die rote Vorhut“.

### Hilfe für Spanien!

*Wir verteidigen die Freiheit  
vor dem Angriff der Faschisten,  
und wir kämpfen Seit' an Seite,  
wie wir lang schon kämpfen mußten.  
Hinter uns das Volk von Spanien,  
hinter uns die breiten Massen,  
alle, die die Freiheit lieben,  
alle, die die Knechtschaft hassen.  
Wenn sie heut' uns niederwerfen,  
wird man morgen euch beglücken.  
Schlagen wir hier die Faschisten,  
kann man euch nicht unterdrücken.  
Wollt ihr eure Brüder morden?  
Wollt ihr die Faschisten schonen?  
Nein! Dann schickt uns Luftgeschwader!  
Schickt uns Tanks! Schickt uns Kanonen!*

## Solidarität mit Spanien!

Matinee der „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 bis 1939 und der Freunde des demokratischen Spanien“

**Sonntag, den 23. März, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 4, Treitlstraße 3**

Aufführung des preisgekrönten französischen Films:

DER KRIEG IST VORBEI  
Einheitspreis 10 S

**Freitag, 28. März, 19.30 Uhr, 9, Maria-Theresien-Straße 11**

„FALL VON MADRID — VOR 30 JAHREN“ Gedenkrede: Genosse Karl Czernetz

## Eindrucksvolle Feiern 35 Jahre nach dem Heldenkampf des Schutzbundes

Die Parole der sozialistischen Freiheitskämpfer „Niemals vergessen“ ist auf fruchtbaren Boden gefallen: 35 Jahre nach den Februarkämpfen fanden überall in Österreich eindrucksvolle Gedenkfeiern statt.

Über den Schweigemarsch der sozialistischen Freiheitskämpfer zum Mahnmal auf den Wiener Zentralfriedhof, der Sonntag, 9. Februar, stattfand, haben die Tageszeitungen, der Hörfunk und das Fernsehen berichtet. Parteivorsitzender Genosse Dr. Bruno Kreisky hielt die Gedenkrede. Er betonte, daß wir in der All-

tagsarbeit die großen Ziele des Sozialismus nicht vergessen dürfen und uns immer an jene Menschen erinnern sollen, die vor ihrer Zeit im Kampf um die Freiheit gestorben sind.

Aus Raummangel ist es uns nicht möglich, über alle Februarfeiern ausführlich zu berichten.

Stellvertretend für diese und noch viel mehr Veranstaltungen soll hier auf die Feier hingewiesen werden, die auf dem für die österreichische Arbeiterbewegung historischen Boden in *Wiener Neustadt* statt-



Schweigemarsch zum Mahnmal im Zentralfriedhof

fand. Wir bringen nachstehend Auszüge aus den Gedenkreiden, die der Ehrenvorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Genosse Manfred Ackermann, und Abgeordneter Genosse Anton Wodica gehalten haben:

**Manfred Ackermann:** „Wir sind hier zusammengekommen, alte Kämpfer, die die harte Zeit selbst miterlebt und miterlitten haben. Und wir sehen hier in unserem Kreis junge Sozialisten, die das, was damals geschehen ist, nur noch aus den historischen Berichten kennen — vorausgesetzt, daß man ihnen die Geschichte überhaupt erzählt hat, ohne ihre Wahrheit zu entstellen. Unsere Kundgebung will die Opfer ehren, sie will der Kämpfer gedenken, und sie soll unsere Entschlossenheit bekunden, aus der Vergangenheit zu lernen — zu lernen aus unseren eigenen Fehlern, zu lernen aus den Verfehlungen unserer politischen Gegner von damals.“

Die Geschichte der Ersten Republik war für einen großen Teil ihres Bestandes die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Partei um die Verteidigung der Demokratie. Nach dem ersten Weltkrieg haben wir auf den Trümmern der alten Monarchie unter den schwierigsten Verhältnissen das neue Staatswesen als eine demokratische Republik aufgebaut. Aber diejenigen, die in der Republik die Macht, die sie früher allein besessen und ausgeübt haben, mit oder ohne Koalition, mit der Arbeiterklasse teilen mußten, diejenigen, die stets der Zeit der Monarchie und ihren verlorenen Machtpositionen nachgeweiht, nachgetrauert haben, sie haben sich in Wahrheit mit der Republik nie ausgesöhnt, mit der Demokratie nie abgefunden.

Die Auswirkungen der gewaltigen Wirtschaftskrise sowie der politische und finanzielle Einfluß ausländischer faschistischer Kräfte machten den Faschismus in Österreich in den Jahren der Ersten Republik fortschreitend stärker, machtgieriger und angriffslustiger.

Der Haß der Bourgeoisie gegen die zu politischer Geltung und gewerkschaftlicher Kraft aufgestiegene Arbeiterklasse war unüberwindbar.

Die Angst der Bourgeoisie, daß die Arbeiterklasse mit den Mitteln der Demokratie, mit dem Stimmzettel, die stärkste und zur Regierung berufene politische Kraft im Staate werde, ließ sie an der Demokratie verzweifeln. Das Bürgertum entschloß sich, den Kampfboden der Demokratie zu zerstören. Es warf sich dem Faschismus in die Arme.

Die Arbeiterklasse, ihre politischen, gewerkschaftlichen und militanten Organisationen waren in diesem Kampf nicht die Angreifer. Auch nicht in der militärisch entscheidenden Phase des Februar 1934. Wir haben als Sozialisten unser Bestes versucht, die Freiheit zu verteidigen. Gegenüber den wohl ausgerüsteten faschistischen Formationen und gegenüber der den Befehlen der Herrschenden gehorchenden Exekutive sind wir zu schwach gewesen. Wir sind im Februar 1934 der brutalen Gewalt des Austrofaschismus unterlegen. Nachdem sie die Freiheit ans Kreuz geschlagen, die Demokratie unter ihren Heimwehrtiefeln zertrampelt hatten, richteten sie den faschistischen Ständestaat auf — sie haben ihn aufgerichtet im Zeichen der Galgen, der Kerker und der Konzentrationslager.

### Geschlagen — aber nicht besiegt

In dieser Stunde gedenken wir derer, die in dem so ungleichen und so hoffnungslosen Kampf gefallen sind, wir gedenken der Helden, die von den Austrofaschisten vor die Standgerichte geschleppt und gehängt worden sind. Und wir gedenken der Tapferen, die als erste in die Kerker geworfen und in die Konzentrationslager eingeliefert worden sind.

Im Februar 1934 waren wir geschlagen, aber wir waren nicht besiegt. Der Kampf ging weiter. Er wurde mit neuen Mitteln und in neuen Formen, unterirdisch und illegal, von den Menschen der neuen Bewegung geführt, die das große Erbe der alten Partei übernommen hatten: von den revolutionären Sozialisten.

Die Austrofaschisten waren es, die dem Nazi-faschismus den Weg bereitet haben, indem sie die stärkste Kraft für die Verteidigung der Unabhängigkeit

Österreichs, die Arbeiterklasse, ihrer Freiheit beraubten und sie so kampfunfähig machten. Sie ahnten damals nicht, daß sie sich damit ihr eigenes Grab geschaufelt hatten.

Oft und oft wird gefragt: Wie konnte es denn zu all dem kommen, wie konnte es geschehen, wo doch die Partei und die Gewerkschaften so stark und wohlorganisiert gewesen sind.

Es konnte geschehen, weil wir trotz all unseren demokratischen Bestrebungen, trotz aller Entschlossenheit, den Kampf zu wagen, wenn er uns aufgezwungen wird, doch nicht wachsam genug gewesen sind.

Wir haben nicht in unseren Bemühungen um eine friedliche Lösung der politischen Spannungen versagt, wir haben nicht in unserer Kampfschlossenheit versagt. Nein, versagt haben wir, als wir es nicht verstanden, dem Aufkommen und Starkwerden des Faschismus rechtzeitig mit aller Kraft entgegenzutreten. Zu jener Zeit haben wir nicht die volle Bedeutung der Erkenntnis erfaßt, die wir heute, aus der geschichtlichen Erfahrung lernend, in der Mahnung zusammenfassen: „Wehret den Anfängen.“ Den Anfängen des Bösen rechtzeitig entgegentretend, wollen wir wachsam sein, so daß sich das Fürchterliche, das einmal geschehen ist, in Geschichte und im Leben der heutigen Generation nicht wiederhole.“

**Anton Wodica:** „Die Älteren unter uns haben diesen Tag in zitternder Erregung, kämpfend, leidend oder eingekerkert, miterlebt. In der Generation mittleren Alters lebt dieser Tag vielleicht noch als blasse Erinnerung fort — die Jungen aber kennen diesen Tag nur noch aus den Erzählungen ihrer Väter und Großväter. Ihnen muß man daher heute sagen, was die Februarkämpfe von 1934 bedeutet haben.“

In der Ersten Republik standen sich damals so wie heute zwei große politische Parteien gegenüber: die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen. Bei den Nationalratswahlen am 9. November 1930 wurden die Sozialdemokraten zur stärksten Partei. Sie erhielten 1,517.000 Stimmen und 72 Mandate; die Christlichsozialen erreichten nur 1,315.000 Stimmen und 66 Mandate. Daneben gab es noch zwei kleinere Parteien im Nationalrat: Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund mit 19 Mandaten und Heimatblock (Heimwehr) mit 8 Mandaten. Dollfuß suchte mit den 19 Landbündlern eine Regierung zu bilden. Da er keine Mehrheit hatte, nahm er noch die 8 Heimwehrlern in die Regierung auf.

### Regierung des Verfassungsbruches

Der Heimwehrrfaschist Fey wurde Sicherheitsminister! Damit hatte die Regierung eine Mehrheit von einer Stimme. Mit einer solchen ‚Mehrheit‘ konnte Dollfuß nicht regieren. Er stand vor der Wahl, die Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen oder — zu gehen. Die Heimwehr und der italienische Faschismus, unter deren Einfluß Dollfuß geraten war, wollten von einer Mitregierung der Sozialdemokraten nichts wissen. In dieser Lage warf sich Dollfuß dem Faschismus in die Arme.

Ein nichtiger Anlaß wurde benützt, um am 5. März 1933 das Parlament auszuschalten. Von dieser Stunde an wurde in Österreich nicht mehr auf Grund der Verfassung, sondern gestützt auf eine kaiserliche Notverordnung regiert, die 1917 zur Regelung der Lebensmittelversorgung erlassen worden war!

Es war eine Regierung des Verfassungsbruches und der täglichen Verletzung des Rechtes. Die Presse- und Versammlungsfreiheit wurde beschränkt und aufgehoben. Sogar die 1.-Mai-Feier wurde verboten! Der Republikanische Schutzbund wurde aufgelöst. Die Heimwehrrführer Starhemberg und Fey forderten die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die Verjagung der Sozialdemokraten aus den Gemeindevertretungen und Landesregierungen. Sie verliehen ihren Forderungen durch bewaffnete Aufmärsche Nachdruck.

Die Sozialdemokratische Partei machte alle erdenklichen Anstrengungen, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Dollfuß erklärte am 11. September 1933: „Dieses Parlament wird und darf nicht mehr zusammentreten. Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei.“

Elf Monate lang hat die Arbeiterschaft die Herrschaft der grünen Faschisten ertragen. Dann kam es zur Explosion. Am 12. Februar brach in Linz der Sturm los.

Mehr als 300 Tote und über tausend Verwundete hat dieser Bürgerkrieg gekostet. Standgerichte und Galgen begannen ihre Arbeit: Wallisch, Münichreiter und Weissel, Hois und Rauchenberger, Ahrer, Bulgari, Stanek und Swoboda wurden hingerichtet.

Die Schutzbündler haben in den Februartagen 1934 nicht, wie lügenerisch behauptet wurde, gegen die Republik, sondern für die Republik, für Freiheit und Gerechtigkeit und gegen die Hochverräter gekämpft, die die Verfassung gebrochen und die Demokratie geschändet haben.

Sie sind für Freiheit und Recht gestorben. Wir neigen uns in Ehrfurcht und Dankbarkeit vor diesen Helden: Sie sind ewig in das große Herz der Arbeiterklasse eingeschlossen, und wir werden nie aufhören, ihrer in Liebe und Verehrung zu gedenken.“

Würdige Kundgebungen fanden auch mit Kranzniederlegungen in Linz, der Stadt, in welcher der Kampf

seinen Anfang nahm, und in Steyr beim Mahnmal auf der Ennsleiten statt.

Die Kärntner Sozialisten gedachten der Opfer durch einen Schweigemarsch zum Mahnmal im Annabichler Friedhof mit anschließender Kranzniederlegung.

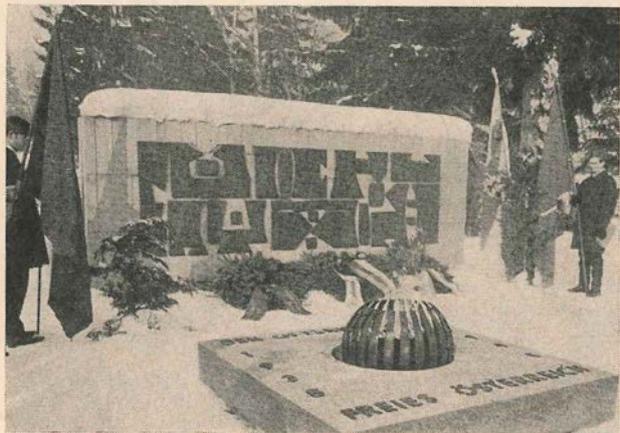
In Graz veranstaltete der Landesverband eine eindrucksvolle Feier mit einem künstlerischen Programm. Auf dem Heldenfriedhof von Knittelfeld wurde beim Mahnmal der unsterblichen Opfer eines heroischen Kampfes gedacht.

Doch auch in Wien hielten viele Bezirksgruppen eigene Februarfeiern ab, unter ihnen die Freiheitskämpfer Ottakring gemeinsam mit der Bezirksorganisation, die sich bei ihrem ehemaligen Arbeiterheim versammelten, um der Verteidiger dieses Heimes zu gedenken.

Hietzing hielt die Feier auf der historischen Stätte „Goldmarkplatz“ und Döbling im Olympiokino ab.

Die Mödlinger Freiheitskämpfer trafen sich beim Mahnmal im Mödlinger Friedhof zu ihrer Gedenkkundgebung.

Der Februar 1934 ist nicht vergessen!



Mahnmal im Annabichler Friedhof — Klagenfurt. Schweigemarsch.



## Freiheitskämpfer fordern Verbot der „National-Zeitung“

Arbeitstagung 25. Jänner 1969

Unter dem Vorsitz von Rosa Jochmann fand im Hernalser Bildungsheim eine Arbeitstagung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt, an der Vertreter aller Bundesländer teilnahmen. Paul Bernstein referierte über die Praxis in der Opferfürsorge und Dr. med. Ella Lingens über Neuerungen im Bereich der medizinischen Betreuung der Verfolgten.

Mit Empörung stellen die Freiheitskämpfer fest, daß für die bescheidenen Forderungen der Opfer des Faschismus in Österreich kein Geld da ist, während für andere Zwecke große Beträge ausgegeben werden. Die Ablehnung einer 20. Novelle zum Opferfürsorgegesetz wird daher nicht zur Kenntnis genommen. Die Regie-

rung wird aufgefordert, diese gemeinsame Forderung aller Opferverbände zu erfüllen.

Bundesrätin Rudolfine Muhr sprach über die nächsten Aufgaben der Organisation, wobei sie besonders die Notwendigkeit betonte, junge Menschen für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen.

Josef Hindels zeigte am Beispiel der „National-Zeitung“ auf, wie groß die neonazistische Gefahr in der Gegenwart ist, und berichtete über das antifaschistische Seminar für junge Sozialisten.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer wiederholt seine Forderung nach dem Einfuhr- und Verbreitungsverbot der „National-Zeitung“, deren Schreibweise die Opfer des Faschismus beleidigt und die Bestimmungen des Staatsvertrages verletzt.

Die Haltung des Justizministers, der sich weigert, gegen diese Neonazizeitungs Maßnahmen zu ergreifen, wird von den sozialistischen Freiheitskämpfern als unverständlich bezeichnet.

# Müssen wir uns die „National-Zeitung“ gefallen lassen?

Es gilt, eine Protestbewegung gegen diese Wochenzeitschrift vorzubereiten

Im März 1938 wurde Österreich von Nazideutschland überfallen. Mit den Truppen der deutschen Wehrmacht hielt auch die Gestapo ihren Einzug in Österreich. Verhaftungen, Folterungen, Deportationen in die Konzentrationslager — das bedeutete die „Heimkehr der Ostmark ins Reich“ für zehntausende Österreicher.

Die einen wurden verhaftet und später ermordet, weil den Nazischergen ihre antifaschistische Gesinnung, ihre österreichische Haltung bekannt war. Bei den anderen genügte die jüdische Abstammung: Weil

sie nicht als Kinder „arischer“ Eltern geboren wurden, galten sie im Reich Adolf Hitlers als vogelfrei.

Das alles hat sich im März 1938, also vor drei Jahrzehnten, abgespielt. Sollten wir nicht 1969 einen Schlußstrich ziehen und den Rat jener befolgen, die uns sagen: Hörst doch endlich auf, an diese Vergangenheit zu erinnern!

Wenn wir diesen Rat nicht befolgen und unbeirrt an unserer Devise: NIEMALS VERGESSEN festhalten, so sind dafür zwei Gründe entscheidend: Erstens ist

es unsere sittliche Pflicht, die Erinnerung an die Opfer des Faschismus wachzuhalten, der jungen Generation das zu sagen, was die Toten nicht mehr sagen können. Zweitens ist aber dieses NIEMALS VERGESSEN auch von brennender Aktualität unter dem Gesichtspunkt der *neuen faschistischen Gefahr*, die allzu lange ge- leugnet oder bagatellisiert wurde.

Es ist daher von besonderer Bedeutung, die Erinnerung an den März 1938, an die Auslöschung des selbständigen Österreichs durch die Nazibarbarei, in Verbindung zu bringen mit dem Fall „NATIONAL-ZEITUNG“: Jede Woche wird im demokratischen und neutralen Österreich, das sich im Staatsvertrag verpflichtet hat, auf seinem Gebiet faschistische und großdeutsche Umtriebe nicht zu dulden, eine Neonazi-zeitung aus Deutschland eingeführt und hier legal verbreitet.

Die „NATIONAL-ZEITUNG“, die sich früher auch „SOLDATEN-ZEITUNG“ nannte, bringt eine eigene Österreich-Ausgabe heraus, die *noch aggressiver, noch provokatorischer* geschrieben ist als die für die Bundesrepublik Deutschland bestimmte.

### Die Mörder von morgen

Wer sich der qualvollen Aufgabe unterzieht, mehrere Nummern der „NATIONAL-ZEITUNG“ durchzu- lesen, wird erkennen, wie recht der sozialdemokratische Abgeordnete *Arndt* hatte, der im Bonner Bundestag er- klärte:

„Die ‚NATIONAL-ZEITUNG‘ spricht die Sprache der Mörder von morgen.“

Und ein anderer Abgeordneter fügte hinzu: „So wird ein zweites Auschwitz geistig vorbereitet.“ Auch im Ausland, in West und Ost, ist wiederholt darauf hinge- wiesen worden, daß diese von dem berüchtigten Neo- nazi *Gerhard Frey* redigierte Wochenzeitschrift die Tradition des „Völkischen Beobachters“ und des „Stürmers“ fortsetzt. Aus der Fülle der Beispiele wollen wir nur eine Pressestimme aus der neutralen Schweiz zitieren. Die angesehene Zürcher Zeitung „Tat“ schreibt unter anderem:

„Wie lange kann die Bundesrepublik diese ‚NATIONAL-ZEITUNG‘ noch ertragen, wie lange will sie diesen demokratisch drapierten ‚Stürmer‘ noch ertragen, ohne sich bei den Demokraten im In- und Ausland dem Verdacht der Begünstigung ver- brecherischer Völkerhetze auszusetzen?“

Ähnliche Stellungnahmen erschienen in amerikani- schen, englischen, französischen, skandinavischen, israelischen und osteuropäischen Zeitungen und Zeit- schriften.

### Die acht Aufgaben der „NATIONAL-ZEITUNG“

Die „NATIONAL-ZEITUNG“ hat sich acht Auf- gaben gestellt, die sie mit deutscher Gründlichkeit er- füllt:

- 1. Es wird eine zügellose Hetze gegen die Juden be- trieben und an die niedrigsten Instinkte des Ras- senhasses appelliert.
- 2. Die slawischen Völker werden beleidigt, verächt- lich gemacht und als minderwertig hingestellt.
- 3. Die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges werden nicht anerkannt und die Rückeroberung aller Ge- biete, die vor 1945 zum Großdeutschen Reich ge- hört haben, in einer kriegshetzerischen Sprache gefordert. Dieser Revanchismus richtet sich vor allem gegen Polen und die CSSR.
- 4. Der Überfall Nazideutschlands auf Österreich im März 1938 wird als „Wiedervereinigung dieses deutschen Landes mit dem Reich“ gefeiert und ein neuer „Anschluß“ propagiert.
- 5. Gegen die Arbeiterbewegung und den „jüdischen Marxismus“ wird eine ebenso wilde Hetze be- trieben wie gegen die progressiven Kräfte in der katholischen Kirche.
- 6. Die Konzentrationslager werden als „Stätten der Erziehung“ gepriesen und die Einstellung aller Verfahren gegen nazistische Kriegsverbrecher und

Massenmörder verlangt. Judenmörder gelten als ehrenhafte Soldaten, die lediglich ihre „Pflicht erfüllt“ haben.

- 7. Das Bekenntnis zum Frieden wird zynisch ver- höhnt, der Hitler-Krieg verherrlicht und ein drit- ter Weltkrieg ideologisch vorbereitet.
- 8. Ehemalige Widerstandskämpfer und KZler werden diffamiert, die ihnen zustehende Wiedergut- machung als „Ausplünderung des deutschen Volkes“ bezeichnet, wobei bewußt an den Neid- komplex appelliert wird.

Die Österreich-Ausgabe der „NATIONAL-ZEI- TUNG“ erfüllt zusätzlich noch einige Fleißaufgaben, in- dem sie sich laufend in die Innenpolitik unseres Landes einmischt. Dafür ein paar Beispiele:

- Die „NATIONAL-ZEITUNG“ protestiert dagegen, daß ein hoher Polizeibeamter befördert wurde. Er sei für den Polizeidienst völlig ungeeignet — weil er ein Bekenntnis zur österreichischen Nation unterschrie- ben hat.
- Anlässlich des Olah-Prozesses wird die schon früher betriebene Hetze gegen den ÖGB und einzelne Ge- werkschaftsfunktionäre wesentlich verschärft. Die antigewerkschaftlichen Haßtiraden wiederholen fast wörtlich, was seinerzeit die NSDAP den „roten Ge- werkschaftsbonzen“ vorgeworfen hat.
- Die Südtirol-Terroristen, die der Sache Österreichs und Südtirol schweren Schaden zugefügt haben, werden als Helden gefeiert. Wer die strenge Bestra- fung dieser Verbrecher fordert, gilt als „Volksver- räter“.

### Verbotsantrag der Bonner Regierung

Unter dem Druck in- und ausländischer Proteste hat sich die Bonner Regierung nach langem Zögern ent- schlossen, beim Verfassungsgericht in Karlsruhe den Antrag auf *Verbot der „NATIONAL-ZEITUNG“* zu stellen. Sie begründet diesen Antrag nicht mit einzel- nen Artikeln, sondern mit der allgemeinen Schreib- weise dieser Wochenzeitschrift, die als „neonazistisch und antisemitisch“ charakterisiert wird.

Noch ist es ungewiß, wie das Verfassungsgericht in Karlsruhe entscheiden wird. Aber wie dem auch sei: Jedem demokratischen Österreicher muß es die Scham- röte ins Gesicht treiben, daß kurz vor diesem Verbots- antrag der Bonner Regierung der österreichische Bun- desminister für Justiz auf eine Anfrage des SPÖ-Abge- ordneten *Alfred Ströer* entgegnete:

„Gegen die „NATIONAL-ZEITUNG“ kann nichts unternommen werden, weil dazu die rechtlichen Grundlagen fehlen.“

Wir sind der Meinung, daß diese ungeheuerliche Antwort des Justizministers von der demokratischen Öffentlichkeit unseres Landes nicht zur Kenntnis ge- nommen werden darf. Oder sollten wir vergessen haben, daß es schon einmal so begonnen hat, daß auch in den zwanziger und dreißiger Jahren erklärt wurde, aus formalrechtlichen Gründen kann gegen den Faschismus nichts unternommen werden — bis es zu spät war.

Wer sich mit der Beantwortung durch den Justiz- minister zufrieden gibt, beweist damit, daß er aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt hat.

### Was zu geschehen hat

Zur formalrechtlichen Argumentation des Bundes- ministers für Justiz ist folgendes zu sagen: Das auch unserer Meinung nach unzulängliche Verbotsgesetz gibt der Staatsanwaltschaft dennoch die Möglichkeit, zumindest jede zweite Nummer der „NATIONAL-ZEI- TUNG“ auf Grund dieses Gesetzes zu beschlagnahmen. Das ist bisher nicht geschehen.

Wesentlicher scheint uns aber die Erkenntnis zu sein, daß in einer parlamentarischen Demokratie die Gesetze nicht unveränderlich sind, sondern dann ge- ändert werden können, wenn dies sachlich gerecht- fertigt ist. Da das Verbotsgesetz in einer Zeit geschaffen wurde, als dem Gesetzgeber die heutige Erscheinung des Neonazismus noch nicht bekannt war, ist eine

Novellierung des Gesetzes unumgänglich notwendig geworden. Es gilt, in das Gesetz eine klare Definition des Begriffes „Neonazismus“ einzubauen und die Hetze gegen Völker, Religionsgemeinschaften und sogenannte Rassen zum strafbaren Tatbestand zu erklären. Natürlich wäre es auch möglich, an Stelle der Novellierung ein neues Gesetz zu schaffen.

Aufgabe des Bundesministers für Justiz müßte es daher sein, dem Nationalrat einen entsprechenden Gesetzesantrag vorzulegen. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, hat der zuständige Bundesminister noch immer nichts unternommen. Auch eine Intervention des Verbandes der israelischen Kultusgemeinden blieb ohne jeden Erfolg. Auf Anfragen in der „Arbeiter-Zeitung“ und anderen Presseorganen hat er nicht geantwortet.

Was können wir konkret tun, daß die neonazistische „NATIONAL-ZEITUNG“ endlich für das gesamte Bundesgebiet verboten wird?

Bei der Beantwortung dieser Frage drängt sich die Erinnerung an den Fall Borodajkewycz auf: Dieser Unbelehrbare hat jahrelang in Vorlesungen und Seminaren nazistische Propaganda betrieben. Von höchster

Stelle wurde, so wie jetzt im Fall „NATIONAL-ZEITUNG“, damals erklärt: „Aus formalrechtlichen Gründen kann nichts unternommen werden.“ Erst als es im Frühjahr 1965 zu einer gewaltigen, einheitlichen Protestbewegung aller Antifaschisten gegen den „NAZIBORO“ kam, wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet, das zur Außerdienststellung des Unbelehrbaren führte.

Aus dieser Erfahrung gilt es, zu lernen: Es ist notwendig, daß wir auch für die Forderung nach dem Verbot der „NATIONAL-ZEITUNG“ eine breite Protestbewegung vororganisieren. Nicht nur die ehemaligen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, sondern alle anständigen, humanistisch gesinnten Menschen unseres Landes sollten an dieser Protestbewegung teilnehmen. Hier erwächst vor allem den Jungen eine große Aufgabe:

Es gilt, in allen demokratischen Organisationen, in jedem Betrieb, in jedem Büro die Forderung zu erheben:

**Einfuhr- und Verbreitungsverbot für die „NATIONAL-ZEITUNG“, diesem Organ der „Mörder von morgen“.**

## Österreichs Eisenbahner im Widerstand

Die Geschichte des österreichischen Widerstandes gegen die nazideutsche Fremdherrschaft ist noch nicht geschrieben. Wenn künftige Historiker an diesem Werk arbeiten, wird ihnen jedes Dokument dieser Zeit von großem Nutzen sein. Bestand doch der Widerstand aus vielfältigen Aktionen, an denen alle Gruppen und Berufe des österreichischen Volkes beteiligt waren: Sozialistische und kommunistische Arbeiter haben ebenso Widerstand geleistet wie Geistliche, gläubige Frauen und österreichisch gesinnte Intellektuelle.

In der Arbeiterklasse unseres Landes sind die Eisenbahner, die in der Ersten Republik in ihrer überwiegenden Mehrheit Sozialdemokraten und Freigewerkschafter waren, stets eine besonders gut organisierte Gruppe gewesen. Nicht von ungefähr haben sich die ersten Schläge, die von der Dollfuß-Regierung noch vor dem Februar 1934 der Arbeiterschaft versetzt wurden, gegen die „roten Eisenbahner“ gerichtet.

Auch in der Nazizeit waren mutige Eisenbahner am Widerstand gegen Hitler maßgeblich beteiligt. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß dieser Beitrag der Eisenbahner im Kampf um ein unabhängiges, demokratisches Österreich in einem hervorragend geschriebenen und auch graphisch geschmackvoll gestalteten Buch festgehalten wurde:

**„Österreichs Eisenbahner im Widerstand.“ Herausgegeben von Friedrich Vogl. — Mit einem Vorwort von Ernst Ulbrich. — Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 280 Seiten.**

Die Darstellung hat, wie jede Darstellung des illegalen Kampfes in der Nacht des Faschismus, unter einer großen Schwierigkeit zu leiden: Alles, was damals geschah, geschah im Verborgenen, unter Einhaltung der Regeln der Konspiration. Daher ist es nicht möglich, eine vollständige, erschöpfende Studie über einen Ab-

schnitt des Widerstandes zu verfassen. Mancher, der in der Illegalität Kontakte mit Eisenbahnern hatte, wird feststellen, daß die Namen von Kollegen fehlen, die dabei waren, aber deren Spuren nicht mehr gefunden werden konnten.

Trotz dieses Mangels, auf den der Verfasser im Vorwort selbst aufmerksam macht, ist die Lektüre des vorliegenden Buches von großem Wert: Jene, die diese „Zeit der Gnade“ selbst erlebt haben, werden an das Furchtbare, das niemals vergessen werden darf, erinnern. Für junge Menschen, die damals noch nicht geboren oder kleine Kinder waren, wird dieses Buch zum aufwühlenden Erlebnis: Sie erfahren am Beispiel einer Berufsgruppe, was Faschismus ist und welche Opfer im Widerstandskampf gebracht werden mußten.

Im Anhang findet der Leser wertvolle Dokumente: Neben der illegalen Zeitung der Eisenbahner Briefe des nazistischen Reichsverkehrsministers und die Anklageschriften der braunen Blutjustiz. Übrigens: Es wäre nützlich zu erheben, wer von jenen Blutrichtern, die Widerstandskämpfer zum Tode verurteilten, heute noch im Justizdienst der Republik Österreich tätig ist oder ein geruhsames Pensionistendasein führt...

Wir wünschen dem Buch „Österreichs Eisenbahner im Widerstand“ weiteste Verbreitung und hoffen, daß der verdienstvolle Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Reihe der Publikationen über den Widerstand gegen Hitler fortsetzen wird. Dank sagen wir aber auch dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, zu dessen aktiven Mitarbeitern der Verfasser, Friedrich Vogl, gehört. Ohne diese Einrichtung, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wäre es nicht möglich gewesen, den im Kampf um Österreichs Freiheit gefallenen Eisenbahnern ein literarisches Denkmal zu setzen.

## Aus der Praxis in der Opferfürsorge – Neuerungen auf gesetzlichem Gebiet

**Zu § 1.** Das Opferfürsorgegesetz geht immer von tatsächlich eingetretenen Schädigungen aus. Eine (auch mit Wahrscheinlichkeit oder sogar mit Sicherheit) zu erwartende Einstellung beziehungsweise Beförderung und Besserstellung, die im Hinblick auf die Verfolgungsmaßnahmen unterblieb, kann zum Beispiel keinen Anspruch begründen.

Der Abbruch einer Grundschulausbildung wird

nach der neuesten Spruchpraxis nicht mehr als Studium gewertet und begründet keinen Anspruch gemäß § 1 Abs. 2 lit. e. (In diesen Fällen wird empfohlen, ein Nachsichtansuchen gemäß § 1 Abs. 6 OFG einzubringen.)

Wenn die Voraussetzungen des § 1 nicht erfüllt sind, kann gemäß § 1 Abs. 6 OFG eine Nachsicht gewährt werden. In Härtefällen (siehe auch § 15 a

OFG) empfiehlt es sich im Zweifel immer, ein derartiges Ansuchen zu stellen. Sollte ein Rechtsanspruch auf Anerkennung bestehen, so daß eine Nachsicht nicht erforderlich erscheint, so wird dies von den zuständigen Behörden wahrgenommen.

**Zu § 6.** Besitzer einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises fallen auf Grund der Bestimmungen des Invalideneinstellungsgesetzes beziehungsweise des OFG unter den Kündigungsschutz. Bei Anstellungen sind diese Dokumente zu diesem Zweck dem Dienstgeber vorzulegen. Bei Bezug einer Opferrente entsprechend einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von wenigstens 50 Prozent kann und soll auch ein Einstellschein vom zuständigen Landesinvalidenamts angefordert werden. Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 Prozent kann das Invalidenamts einen Einstellschein ausfolgen.

Im Falle einer Notlage kann aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds OF-Inhabern einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises fallweise (in der Regel muß jedoch zwischen den einzelnen Leistungen ein Zeitraum von einem Jahr liegen) eine Geldzuwendung gewährt werden. Es empfiehlt sich, bei der Stellung solcher Ansuchen die Nachweise anzuschließen. Die Ansuchen müssen auch begründet sein.

Für den gleichen Personenkreis kann auch eine Zuwendung (Stipendium) für eine Berufsausbildung beziehungsweise ein Studium zuerkannt werden. Eine solche Leistung ist grundsätzlich nach Absolvierung der Grundschule (Volks-, Haupt- und untere Stufe einer höheren Schule, bisher Untermittelschule) möglich.

Ferner ist die Gewährung von Darlehen bis zu einer Höhe von 30.000 S, rückzahlbar innerhalb längstens 5 Jahren, möglich. Als Sicherstellung wird in der Regel die Namhaftmachung zweier Bürgen (außer den Ehegatten) gefordert. Es ist auch möglich, Antragsteller bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden, gegen Ableben zu versichern. In diesen Fällen beträgt ungefähr die Hälfte der Prämie der ATF-OF. Im Falle des Abschlusses einer Versicherung kann bei Fixangestellte von der Beibringung von Bürgen abgesehen werden.

**Zu § 7.** Bei der Vergebung von Tabakverschleißgeschäften sind nunmehr Inhaber eines Opferausweises Inhabern einer Amtsbescheinigung gleichgestellt. Sie sind daher ebenfalls bevorzugt zu behandeln.

**Zu § 11.** Im wesentlichen ist hier auf die Einführung der Rentendynamik hinzuweisen. Der Prozentsatz, um den die Renten gehoben werden, wird alljährlich durch Verordnung fixiert. Es empfiehlt sich im einzelnen auch zu prüfen, ob allenfalls durch diese Anhebung ein Anspruch auf Teilunterhaltsrente entstanden ist. In einem solchen Fall ist umgehend ein entsprechender Antrag zu stellen, da die Berentung erst ab Antragsmonat erfolgen kann.

Es empfiehlt sich auch, Empfänger von Unterhaltsrenten, die hilflos sind, auf die Möglichkeit der Gewährung einer Hilflosenzulage (§ 11 Abs. 12) hinzuweisen. Es ist nicht erforderlich, daß eine solche Leistung erst bei einer Pensionsversicherungsanstalt eingebracht wird. Eine allfällige Verweisung an eine solche Anstalt ist ungesetzlich.

Besonders ist darauf hinzuweisen, daß auch Rentenübergenüsse, die dadurch entstanden sind, daß ein Einkommen (Erhöhung von Renten anderer Art) nicht oder nicht rechtzeitig gemeldet wurde, nicht unter allen Umständen rückzuerstatten sind. Es besteht vielmehr gemäß § 54 Abs. 4 KOVG die Möglichkeit, von der Hereinbringung eines solchen Übergenusses Abstand zu nehmen, wenn dies eine besondere Härte bedeuten würde. Im Hinblick auf das Alter und das relativ geringe Einkommen von Unterhaltsrentenbeziehern wird in der Regel eine solche Abschreibung, wenn derartige Motive geltend gemacht werden, möglich sein. Es empfiehlt sich daher, immer auf einen Bescheid zu bestehen und nicht niederschriftlich eine Zustimmung zur Hereinbringung (im Abzugswege) zu geben. Gegen negative Bescheide soll auch immer berufen werden.

Sollte ein Ansuchen um Erziehungsbeiträge abgewiesen werden (weil das Kind nicht überwiegend vom Opfer versorgt wird), empfiehlt es sich ebenfalls, immer unter dem Hinweis auf eine Versorgung des Kindes zu berufen.

**Zu § 12.** Die Gewährung von Kur- und Erholungsaufenthalten gemäß § 12 Abs. 4 OFG ist nur möglich, wenn zunächst der gesetzlich zuständigen Versicherungsträger (in der Regel die Gebietskrankenkasse) eingeschaltet wurde. Es ist daher erforderlich vor Antritt einer solchen Kur- oder Erholungsaufenthaltes ein entsprechendes Ansuchen bei dieser Stelle einzubringen. Bei einer Antragstellung nach Absolvierung ist mit einer Ablehnung sowohl von der Kasse als auch vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zu rechnen.

**Zu § 15 a.** Es ist nunmehr möglich, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen nach Anhören der Opferfürsorgekommission einen Ausgleich gewähren kann.

Die einzelnen Fälle zu besprechen ist hier nicht möglich, da es viel zu viele Variationen gibt.

Es wird zum Beispiel eine Härte sein, wenn jemand — analog zu § 1 Abs. 2 lit. d beziehungsweise § 14 b — eine Einkommenschädigung erlitten hat, die zwar nicht — wie im Gesetz gefordert — 42 Monate, sondern nur 21 Monate gedauert hat, dafür aber nicht das vom Gesetz verlangte Ausmaß von 50 Prozent, sondern das Ausmaß von 100 Prozent erreicht hat. In solchen Fällen wird es in der Regel möglich sein, einen Härteausgleich (wenn auch nur aliquot, das sind 5000 S statt 10.000 S) zu gewähren. Ebenso wird es zum Beispiel möglich sein, Inhabern von Opferausweisen, die bedürftig sind, im Wege des Härteausgleiches Heilfürsorge zukommen zu lassen. Beschränkungen sind bei diesen Härteausgleichen nicht im Gesetz vorgesehen; es ist jedoch zu beachten, daß es sich hierbei um einen Gnadenakt handelt, zu dem auch das Bundesministerium für Finanzen zustimmen muß. In Zweifelsfällen empfiehlt es sich jedoch immer, Anträge gemäß § 15 a OFG einzubringen.

Im übrigen darf auf den Kommentar zum Opferfürsorgegesetz, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Handbuch österreichischer Gesetze und Verordnungen, Neue Folge, Gruppe III, Band 23,

#### OPFERFÜRSORGEGESETZ

herausgegeben 1958,  
und Band 23 a,

#### DAS OPFERFÜRSORGEGESETZ

herausgegeben 1965,  
kommentiert von Sektionsrat Dr. Burkhart Birti,  
hingewiesen werden.

## Verfolungsbedingte Gesundheitsschäden

Die Begutachtung von Gesundheitsschäden im Rahmen der Opferfürsorge wird immer schwieriger. Seit dem Ende der Verfolgung sind nunmehr fast 25 Jahre vergangen, und viele schädliche Dinge haben in diesem langen Zeitraum auf die Menschen eingewirkt. Fast alle Opfer sind heute schon über 50 Jahre alt, sie sind also in den Lebensjahren, in denen sich der natürliche Kräfteabbau des alternden Menschen deutlich bemerkbar macht, bei dem einen mehr, bei dem andern weniger, das ist je nach seiner Veranlagung und seinen besonderen Lebensumständen verschieden. Wie soll nun der begutachtende Arzt mit der vom Gesetz geforderten Exaktheit nachweisen, daß ein Leiden beziehungsweise der Tod an einem Leiden mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auf die erlittene Verfolgung ganz oder doch wenigstens teilweise zurückzuführen ist?

In anderen Gesetzgebungen ist diese Aufgabe einfacher und für die Opfer günstiger geregelt. So gilt in Frankreich und Belgien jeder Leidenszustand eines

Opfers so lange als verfolgungsbedingt, als nicht die Behörde den Beweis für das Gegenteil erbracht hat. Verlor ein Mensch nach dem Krieg bei einem Auto-unfall ein Bein, so kann das Amt diesen Beweis leicht führen, es wird wohl auch kaum jemand auf die Idee kommen, wegen dieses Unfalls um eine Opferrente anzuschauen. Wird aber ein Herz- oder Nervenleiden oder irgendein anderer chronischer Zustand geltend gemacht, dann wird es für die Entschädigungsbehörde nicht so leicht sein nachzuweisen, daß das Opfer aus anderer Ursache erkrankt ist, daß sein Leiden auch ohne die Verfolgung den Umfang angenommen hätte, den es jetzt hat. Diese „Umkehrung der Beweislast“, wie der Jurist das nennt, erleichtert wesentlich die Aufgabe derer, die für die Verfolgten eintreten und die Erreichen wollen, daß wenigstens materiell für das Erlittene entschädigt wird, was menschlich ohnehin nie wieder gutzumachen ist.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat man diesen Gedankengängen Rechnung getragen, zumindest für diejenigen Menschen, die besonders schwer gelitten haben. Wer zumindest ein Jahr im KZ war und derzeit ein Leiden hat, das mindestens eine Erwerbsminderung von 25 Prozent bedingt, bei dem wird dieses Leiden bis zu 25 Prozent als kausal anerkannt. Will er eine höhere Anerkennung durchsetzen, so muß er dafür, wie bisher, selbst den Beweis führen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß eine KZ-Haft jedenfalls eine solche Schwächung des gesamten Organismus bewirkt, daß dieser gegen alle Leiden, wodurch immer diese sonst bedingt sein mögen, geringere Abwehrkräfte aufbringen kann, als einer, dem diese Belastung erspart geblieben ist.

In Österreich gibt es keine solche allgemeine Regelung, aber es bleibt dem Gutachter unbenommen, in jedem Einzelfall diese Überlegung anzuwenden und dementsprechend zu urteilen.

Freilich ist der ärztliche Gutachter hier in einer schwierigen Position. Denn nicht sein Urteil gilt absolut für die Erteilung eines Bescheides, sondern er kann nur eine Meinung unter anderen äußern, und es ist die Sache des juristischen Beamten zu entscheiden, welches Gutachten ihm „schlüssiger“, also wahrscheinlicher richtiger erscheint. Liegen einander widersprechende Gutachten vor, so kann freilich die Partei ein Fakultätsgutachten verlangen, durch das die „geltende Lehrmeinung“ festgestellt werden soll, die für die Entscheidung maßgebend zu sein hat.

Das ist eine Regelung, die zu einer Zeit gut funktionierte, als die medizinische Wissenschaft noch nicht eine so ungeheure Entwicklung durchgemacht hatte. Damals waren wirklich alle neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen medizinischen Forschung in den Universitätskliniken konzentriert, und man konnte von diesen anerkannt gültige Antworten bekommen.

Heute ist es so, daß jeder einzelne Klinikchef, auch der den Opfern überaus wohl gesinnte, nur auf einem oder wenigen Spezialgebieten wirklich den letzten Stand der Forschung beherrscht und daß es viele wichtige Spezialfragen gibt, in denen sich keineswegs schon eine allgemein gültige Spezialmeinung herausgebildet hat, die man als die „geltende Lehre“ bezeichnen kann. Das gilt ganz besonders für Fragen der Verfolgtenmedizin, für die ja keineswegs nur rein medizinische Kenntnisse erforderlich sind, sondern auch eine genaue Kenntnis der Lebensumstände der Verfolgten und ein Einfühlungsvermögen für das, was das Opfer unter diesen Umständen erlebt hat. Man hat ehemals nationalsozialistische Ärzte von dieser Begutachtung ausgeschlossen — obwohl sogar der eine oder der andere von ihnen in einem Gefühl verspäteter Mitschuld-bekennnis geneigt sein mag, den Geschädigten wohlwollender zu beurteilen als so mancher „unpolitische“ Kollege. Heute wächst aber eine junge Generation von Ärzten heran, für die das, was sich damals ereignet hat, gar nicht mehr recht vorstellbar ist. Wie sollen diese Menschen ein entsprechendes Urteil fällen können, so daß das Opfer zu seinem Recht kommt?

Alle diese Überlegungen spielen vor allem für die so verbreiteten sogenannten „Abnützungsleiden“ eine große Rolle, in erster Linie für das Leiden, das in den modernen Industrienationen bei Menschen ab etwa 60 Jahren, auch bei dem nichtverfolgten Teil der

Bevölkerung, die häufigste Todesursache darstellt — bei den Erkrankungen von Herz und Kreislauf.

Wohl setzt sich heute immer mehr die Erkenntnis durch, daß die Herz-Kreislauf-Leiden durch viele Momente ungünstig beeinflusst werden, die in der Haft eine große Rolle spielten, wie Mangelernährung mit Störung des Eiweißstoffwechsels, Kälte und Nässe, Infektionskrankheiten und, vor allem, die seelische Belastung, der sogenannte seelische Streß. Um aber mit der sicher in fast allen Fällen richtigen Behauptung durchzudringen, man habe sich diese Leiden während der Haft zugezogen, sie seien zumindest deswegen verfrüht und verstärkt aufgetreten, ist es vor allem wichtig, sich gleich zu Beginn der Einreichung aller scheinbaren „Kleinigkeiten“ zu erinnern, die dafür zum Beweis dienen können.

Da haben es nun freilich die „Hypochonder“ leichter, die Menschen, die sich und ihr Befinden immer sehr genau beobachtet haben, die ständig zum Arzt gelaufen sind, um sich behandeln zu lassen. Für sie ist es leicht, die geforderten „Brückensymptome“ nachzuweisen, auch wenn die Art ihres Leidens erst jetzt durch eine genaue Diagnose festgestellt werden konnte. Aber die andern, die in der Freude und dem Glück der Befreiung sich ins Leben stürzten, das Versäumte nachholen wollten und unter größter Mühe eine neue Existenz gründeten, die hatten oft nicht die Zeit, ihren kleinen Beschwerden Aufmerksamkeit zu schenken und deswegen den Arzt aufzusuchen. Die haben es jetzt schwer, sie befinden sich in einem „Beweisnotstand“. Um so wichtiger aber ist es, daß sie genau nachdenken, sich womöglich die Geschichte ihres Leidens aufschreiben, nichts weglassen, was ihnen „nicht so wichtig“ erscheint und was vielleicht gerade für den Arzt einen wertvollen Hinweis darstellt und so viele ärztliche Zeugnisse und auch Zeugenaussagen von glaubwürdigen Laien beibringen wie nur möglich. Das gilt vor allem auch für die Hinterbliebenen, wenn sie versuchen wollen, den Tod des Opfers auf die erlittene Verfolgung zurückzuführen.

Nun ist aber auch, neben der beschriebenen Erschwerung der Beurteilung von Verfolgungsschäden, eine große Erleichterung eingetreten, und zwar durch den Erlaß der Richtsatzverordnung im Jahre 1965. Bis dahin war es fast unmöglich, außer den körperlichen Verfolgungsschäden auch die durch die erfahrenen Demütigungen, durch den Verlust der Existenz und des gewohnten Lebensmilieus, durch die Angst und Spannung erlittenen seelischen Schäden anerkannt und materiell entgolten zu bekommen. Lange Zeit herrschte die Ansicht, Charakterveränderungen krankhafter Art würden in der Kindheit erworben, ein erwachsener Mensch hingegen müsse imstande sein, auch schwere Beeinträchtigungen seines seelischen Zustandes nach einigen Jahren zu überwinden und sich dem Leben wieder anzupassen. Können er das nicht, so liege bei ihm eben eine „nicht normale“ neurotische oder psychopathische Veranlagung vor und die sei nicht zu entschädigen. Ja, im Gegenteil, so meinte man, würde man diesen Menschen eine Rente geben, so bestärke man sie nur in ihrem Verhalten und erzeuge ein Begehren nach Hilfe und Versorgung, das ihrer seelischen Genesung im Wege stehe.

Erst langsam hat sich hier eine Wandlung vollzogen, ausgehend von einigen mutigen Psychiatern in den USA (zumeist Emigranten) einerseits und von einigen bedeutenden Professoren an manchen deutschen Universitätskliniken andererseits.

Der Aufsatz des New-Yorker Psychiaters: „Die Ermordung von wie vielen seiner Kinder muß ein Mensch symptomfrei ertragen können, um eine normale Konstitution zu haben?“ hat eine Bresche in diese verstandnislose Ablehnung seelischer Verfolgungsschäden geschlagen. Heute sagt der deutsche Professor Matusak, der Leiter einer Abteilung des Max-Planck-Institutes in München, einer der berühmtesten wissenschaftlichen Institutionen der Welt, er habe über 2000 ehemalige KZ-Insassen untersucht und nicht einer sei ganz ohne seelischen Schaden davongekommen.

Auch in Österreich hat sich diese Erkenntnis schließlich durchgesetzt, und wenn ein Mensch durch die Verfolgung aus seinem Leben herausgerissen wurde, diesen Schock nie richtig überwinden konnte,

auch nach der Befreiung in seinem Bemühen, sich wieder ein sinnvolles Leben aufzubauen, gescheitert ist und heute, mit vielleicht über fünfzig Lebensjahren, da steht als ein gescheiterter Mensch, der sich in Beruf und Ehe nicht mehr zurechtfinden konnte und der an 1000 Beschwerden aller Art, an Schlaflosigkeit, Angstzuständen, Nervenschmerzen und Gefäßkrämpfen oder auch nur an schweren Ver Stimmungszuständen und Verzweiflungsanfällen leidet, so kann ihm doch ein wenig durch die Opferfürsorge geholfen werden. Die seit 1965 eingeführten Richtsatzpositionen 585 und 586 geben die Möglichkeit, auch solche Menschen zu berufen, und es hat niemand mehr den traurigen Mut zu behaupten, ohne diese Rente würden diese alten, müden und verbrauchten Menschen es vielleicht doch noch schaffen, ein halbwegs zufriedenstellendes Leben zu führen. Freilich soll man niemandem zureden, auf eine eigene Kraftanstrengung zur Bewältigung seines Lebens zu verzichten, aber wer es trotz allem nicht schafft, der braucht sich dessen nicht zu schämen. Sein Recht, von der Gesellschaft der Gesundgebliebenen einigermaßen versorgt zu werden, ist heute auch in Österreich gewährleistet.

## Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft

Der Österreichische Arbeiterkammertag hat in seiner Stellungnahme zur Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts (Staatsbürgerschaftsgesetz 1965) unter anderem auch den Standpunkt vertreten, daß Personen, die wegen der Verfolgung durch Organe der NSDAP oder durch Behörden des 3. Reiches oder auf Grund ihres Eintretens für die demokratische Republik Österreich Verfolgungen ausgesetzt waren und deswegen Österreich verlassen haben, zu ermöglichen, die Staatsbürgerschaft über Antrag wieder zu erlangen. Ein solcher Rechtsanspruch bestand bereits nach § 10 Abs. 3 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1949, doch war die bis 19. Juli 1950 anberaumte Frist den in Betracht kommenden Emigranten vielfach überhaupt nicht bekannt geworden.

Durch § 58 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 wurde dem oben bezeichneten Personenkreis neuerdings die Möglichkeit geboten, die Staatsbürgerschaft über Antrag wieder zu erwerben, wenn bis 30. Juni 1969 ein diesbezüglicher Antrag eingebracht wird.

Der Österreichische Arbeiterkammertag erlaubt sich daher, auf diesen Termin aufmerksam zu machen, und bittet mit Rücksicht auf das Bevorstehen des Ablaufs der Frist, etwaige in Betracht kommende Personen aus den Kreisen der politisch oder rassistisch Verfolgten auf diesen Umstand aufmerksam zu machen.

## Aus dem Wiener Landesverband Wieden

Jahresversammlung: Am Montag, dem 27. Jänner 1969, tagte die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe im Bezirksheim Wiedner Hauptstraße 60 b. Bezirksobmann Genosse Franz Marks z begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, den Bezirksobmann-Stellvertreter Genossen Anton Windhab. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gedenkt Genosse Marks z der fünf toten Genossinnen und Genossen, die während der letzten zwei Jahre für immer von uns gegangen sind. Wir werden stets unserer Toten gedenken, die sich für ein freies demokratisches Österreich eingesetzt haben. Mögen sie aber auch ein Vorbild für die junge Generation sein.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung bringt Genosse Marks z den Bericht. Zwei Jahre sind vergangen, und die Welt kann nicht zur Ruhe kommen. In Vietnam und im Nahen Osten wird Krieg geführt. In der CSSR, in Griechenland und in Spanien kämpfen die Menschen um die Freiheit. Wir wollen nur hoffen, daß bald auch für diese Länder die Freiheit kommen wird.

Es wurden auch Anfragen an Genossen Bernstein gestellt, auf welche Genosse Bernstein sachliche Auskünfte gab. Genossin Muhr behandelte in ihrem Referat die Probleme der 20. Novelle zum OFG. Bei Staatssekretär Bürkle wurde neuerlich vorgeschrieben, eine Überprüfung der Forderungen wurde wieder zugesagt. Eine weitere Sorge vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer ist die Erfassung der Jugend. Unsere Aufgabe ist es, die Jugend aufzuklären und zu werben, damit dieser unsere bitteren Erfahrungen erspart bleiben. In der Debatte hat Genosse Blettel gemeint, daß vielleicht zu wenig Propaganda für unsere Jugend gemacht wird. Man sollte ihr klarmachen, daß sie das, was sie heute hat, nur den Sozialisten zu verdanken hat. Der Obmann der Rentner,

Genosse Beacco, ist der Meinung, daß wir ohnehin alles versuchen, um die Jugend aufzuklären.

Einstimmig wurden folgende Genossinnen und Genossen in den Bezirksausschuß gewählt:

1. Obmann und Kassier: Franz Marks z,
2. Obmann: Paul Bernstein,
- Katasterführerin: Steffi Fahn,
- Schriftführer: Josef Täuber,
- Kontrolle: Rudolf Beacco, Josef Hederer,
- Bezirksausschuß: Franz Marks z,
- Delegierte zur Bezirkskonferenz: Franz Marks z, Josef Täuber, Karl Gerischer.

Genosse Marks z dankt allen Genossinnen und Genossen für ihr Erscheinen und appelliert an sie, weiterzuarbeiten, bis unser Endziel erreicht ist.

## Margaretten

Mit den Worten von Berthold Viertel

Man sagt, für Freiheit gaben sie ihr Blut —  
ein Tauschgeschäft, das sie nicht überlebten.

Ihr, die ihr überlebt, merkt es euch gut:

Für Freiheit haben sie ihr Blut gegeben!

eröffnete Samstag, den 8. Februar 1969, im Franz-Domes-Saal in Margaretten Bezirksgruppenobmann Landtagsabgeordneter und Gemeinderat i. R. Genosse Franz Heigelmayr im Gedenken an die Opfer des 12. Februar vor 35 Jahren die Jahresversammlung und erwähnte gleichzeitig, daß mit Datum 12. Februar 1969 zehn Angehörige der Jungen Generation Margaretten unterstützende Mitglieder unserer Bezirksgruppe wurden.

Nach anschließenden Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen Mitglieder wurden im besonderen begrüßt als Vertreter des Vorstandes der SPÖ Margaretten die Leiterin des Bezirksfrauenkomitees Friederike Seidl und Gemeinderat Emmerich Sailer, als Vertreter der Jungen Generation Georg Riedler sowie der Präsident des Margaretten Volksbildungshauses Senatsrat i. R. Prof. Anton Tesarek und der Referent Ehrenvorsitzender unseres Bundes und ehemaliger ZK-Funktionär der RS, Manfred Ackermann.

Nach Genehmigung der vorgeschlagenen Tagesordnung wurde allen im Berichtsjahr durch Tod von uns geschiedenen Mitgliedern in Ehren gedacht. Es sind dies unsere Pionierin Berta Ziegler, welche im 93. Lebensjahr gestorben ist, und welche seit ihrer frühesten Jugend und bis zu ihrem letzten Atemzug eine aufrechte Aktivistin, Kämpferin und Bekennerin war. Weiters sind durch Tod aus unseren Reihen geschieden: Altgemeinderat Adolf Weigelt, 83; das langjährige Bezirksgruppenleitungsmitglied Karl Suchanek, 69; Christine Schittra, 81; Berta Smetana, 77; Franz Töpfer, 77; und im Jänner 1969 Josef Holzhauser im 72. Lebensjahr.

Genosse Franz Heigelmayr erstattete den Bericht des Obmannes. Unter Hinweis, daß 1968 ein erinnerungsreiches Jahr war, wurden schon im Jänner mit den Vorarbeiten für eine große Gedenkkundgebung in Dachau, anlässlich der 30. Wiederkehr des Tages, an dem der erste Dachautransport mit österreichischen Häftlingen abgegangen war, begonnen. Unter den 40 Margarettern befand sich auch unser Mitglied Viktor Benda, der einer der wenigen überlebenden Häftlinge ist, der beim ersten Transport dabei war. In Dachau sprach am 16. März mit zu Herzen gehenden Worten unsere Bundesobmannin Rosa Jochmann, und tief ergriffen wurde von den zirka 3000 Anwesenden der Opfer des braunen Faschismus gedacht. Am 12. März 1968, drei Tage vor der Großkundgebung in Dachau fand anlässlich der Besetzung unserer Republik durch den Hitler-Faschismus eine Kundgebung im Konzerthaus statt, an der unsere Bezirksgruppe zahlreich vertreten war.

Viele unserer Mitglieder waren auch bei einer Kundgebung für ein freies Griechenland am Sonntag, dem 21. April 1968, anlässlich des Jahrestages des faschistischen Umsturzes in Griechenland sowie bei einer Trauerfeier am 25. November 1968 im Gedenken an Georg Papandreou anwesend.

Auch in der Ausstellung des Wiener Landesjugendreferates in der Wiener Arbeiterkammer, in der unter anderem Kinderzeichnungen aus dem KZ Theresienstadt gezeigt wurden, haben sich viele unserer Mitglieder getroffen. Im KZ Theresienstadt waren im Laufe der Jahre über 15.000 Kinder in gesonderten Blocks untergebracht, wovon nur zirka 100 überlebten. In diesem Zusammenhang erwähnte der Redner auch den von unserem Bund geforderten Ausschluß des DDR. Scheidl aus der SPÖ, weil er in einem Buch die unfassbaren Bestialitäten der Nazi als Greuelmärchen der Antifaschisten abtun wollte.

Unter den von Wien in zehn Autobussen abfahrenden Teilnehmern an einem Freundschaftstreffen in der Stadt Steyr am 15. September 1968 befanden sich 22 Margaretter.

Am 25. Oktober 1968 fand eine Kundgebung vor dem Gedenkstein am Morzinplatz mit einer Eröffnung eines Gedenkraumes im ehemaligen Hotel Metropol, dem seinerzeitigen Sitz der Gestapo in Anwesenheit des Bundespräsidenten statt. Neben dem Nationalratspräsidenten Dr. Maleta sprach unser Wiener Bürgermeister Bruno Marek. Anschließend trafen sich viele Teilnehmer dieser Kundgebung, unter ihnen eine große Zahl Margaretter, vor der Gedenktafel am Hause der Feuerwehrzentrale am Hof, wo nach einer Kranzniederlegung der Präsident des Arbeiterkammertages, Ing. Hrdlitschka, eine kurze, inhaltsreiche Gedenk- und Dankrede an die Versammelten und an den angetretenen Ehrenzug der Wiener Feuerwehr samt ihren Offizieren hielt.

Genossin Fritzi Seidl dankte namens des Bezirksvorstandes für die geleistete Arbeit und überbrachte die besten Grüße und Wünsche unter besonderem Hinweis auf die kommenden Gemeinderatswahlen.

Darauf erstattete Genosse Klement Cabana namens des Wahlkomitees seinen Bericht und beantragte für die neue Bezirksgruppenleitung als Obmann Franz Heigelmayr, als seine Stellvertreter Franz Grubeck und Siegfried Rosenberg, welcher gleichzeitig auch als Opferfürsorgereferent vorge-

schlagen wird, zu wählen. Als Kassier wurden Franziska Grubeck und Alois Honischek, als Schriftführer Karl Wolf und Anna Matejka und für die Kontrolle Otto Kucera, Hans Smetana und Franz Tomandl vorgeschlagen. Die Vorgeschlagenen wurden einstimmig gewählt.

Genosse Manfred Ackermann behandelte in einer einstündigen Rede, mehrmals von Beifall und Zustimmung unterbrochen, die Probleme des Freiheitskampfes, welche mit gespannter Aufmerksamkeit der Anwesenden aufgenommen wurde. Dem Vortragenden gelang es unter Hinweis auf dokumentarische Unterlagen die Ursachen des Kleriko-Faschismus mit seiner Endfolge des Nazi-Faschismus in einprägsamen Worten festzuhalten, und seine Ausführungen hinterließen bei jung und alt den Eindruck, eine Sternstunde erlebt zu haben.

Herzlicher, lebhafter und aufrichtiger Beifall dankte dem Redner für seine Worte, worauf um 22 Uhr die Jahresversammlung geschlossen wurde.

## Favoriten

Am 11. Februar 1969 fand die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe für das Berichtsjahr 1968 im Favoritner Arbeiterheim statt.

Obmann Genosse Hans Schiller eröffnete um 19.20 Uhr die Versammlung und begrüßte die erschienenen Mitglieder, dann den Referenten Genossen Josef Hindels, ferner den Bezirksobmann der SPÖ Favoriten Nationalrat Genosse Otto Probst, Gemeinderat Alfred Hasenkopf, Gemeinderat Anton Konir.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Genosse Schiller der zehn verstorbenen Genossinnen und Genossen der Bezirksgruppe:

Michael Decker,	Josef Widdmann,
Wolfgang Fleischmann,	Karl Pacner,
Johann Hofmann,	Maria Schiller,
Elisabeth Holzinger,	Magarethe Stabey,
Karl Hovad,	Karl Böhm.
Anton Kessler,	

Auch wurde der Opfer des Februars 1934, deren Gedenktag sich jetzt zum 35. Male jährt, sowie der Opfer des spanischen Bürgerkrieges, der nach dreijähriger Dauer vor 30 Jahren, besiegt von den Franco-Faschisten, sein Ende fand, gedacht. Ebenso wurde des fünfzigsten Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in einer Trauerminute gedacht.

Genosse Karl Milota erstattete den Tätigkeitsbericht der Bezirksgruppe. Er berichtete über verschiedene Fragen des Opferfürsorgegesetzes und den zwei Fahrten nach Dachau und Steyr, auch über das Seminar für junge Genossen, an dem fünf junge Genossen der Bezirksgruppe teilnahmen. Auch heuer wird wieder ein Seminar veranstaltet werden unter der Leitung der bewährten Genossen Manfred Ackermann und Josef Hindels.

Genosse Friedrich Bohac brachte den Kassenbericht und sprach über verschiedene organisatorische Fragen. Er erwähnte auch die äußerst gute Zusammenarbeit mit der Bezirksorganisation der SPÖ und dankte für die verständnisvolle Unterstützung.

Genosse Lampoldt brachte nun den Wahlvorschlag:

1. Obmann: Hans Schiller,  
2. Obmann: Karl Milota,  
Geschäftsführender Obmann (zugleich Kassier): Friedrich Bohac,

Schriftführer: Karl Prihoda,  
Kartelführer: Karl Mach,  
Opferreferent: Hans Grassl,  
Beisitzer: Robert Döller, Stefani Koci, Lia Platzer, Kurt Polednik,  
Kontrolle: Hans Schulz, Leopold Janda.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Genosse Schiller dankte für das Vertrauen im Namen aller Gewählten und versprach so wie bisher die Arbeiten durchzuführen.

Genosse Hindels befaßte sich in seinen Ausführungen mit den Ereignissen und der Entwicklung vom Februar 1934 bis in die Gegenwart.

Im besonderem wurden die politischen Ereignisse von Deutschland, der Gründung der NPD, die Auswirkungen der Presse sowie die „National-Zeitung“ hervorgehoben, die eine eigene Ausgabe für Österreich herausbringt. Jedenfalls muß man die Gefahr erkennen und das Verbot und die Verbreitung dieser Wochenschrift energisch fordern. Die Jugend muß über die Absichten dieser verkappten Nazis aufgeklärt werden.

Danach führte Genosse Hasenkopf seinen Film, den er über die Dachau-Fahrt aufgenommen hat, vor.

Der Berichtsfilm, so lautet der Titel — in Farbe —, fand gute Aufnahme. Am eindrucksvollsten war wohl die Kundgebung mit der Rede der Genossin Rosa Jochmann. Nach der Vorführung wurde dem Genossen Hasenkopf der Dank für die Herstellung des Filmes sowie für die Vorführung ausgesprochen.

Zu Punkt Allfälliges erinnerte Genosse Bargil die Anwesenden an den Verein „Freunde der Demokratie von Griechenland“ und ersuchte, diesem Verein beizutreten.

Genosse Schiller berichtete nun von der letzten Vertrauensmännerversammlung, wo die Anregung, eine sogenannte Reisekasse in Form eines Sparvereines zu gründen, gebracht wurde, um es den Genossen zu ermöglichen, sich weite Reisen, wie nach Holland, in das Anne-Frank-Haus, eventuell nach Israel usw., leisten zu können. Bei Befragung der Mitglieder haben sich 25 Genossen gemeldet, somit wird sich ein Komitee die Unterlagen erarbeiten und den Mitgliedern dann das Ergebnis bekanntgeben.

Genosse Schiller ersuchte abschließend alle Anwesenden, sich für die Wahlarbeit anlässlich der Gemeinderatswahl am 27. April 1969 zur Verfügung zu stellen, damit die Sozialistische Partei an diesem Tag einen Erfolg buchen kann.

## Penzing

Auf der Jahreshauptversammlung am 14. Februar 1969 wurden in die Bezirksleitung einstimmig gewählt:

Obmann: Käthe Jonas, 1140 Wien, Waidhausenstraße 28/3/5,  
Stellvertreter: Friedrich Hermann, 1140 Wien, Schinweisgasse 20,

Kassier: Johann Ambichl, 1140 Wien, Flötzersteig 165/1/6,  
Stellvertreter: Rudolf Frania, 1140 Wien, Linzer Straße 60--62/4/2/8,

Schriftführer: Karin Groß, 1140 Wien, Hütteldorfer Straße 268/1/2/6,

Stellvertreter: Emmy Krum, 1140 Wien, Kefergasse 8,

Kontrolle: Johann Capra, 1140 Wien, Waidhausenstraße 28/4/5,  
Kontrolle: Adolf Hofstätter, 1140 Wien, Lautensackgasse 28/5,

Kontrolle: Wolfgang Frania, 1140 Wien, Gurkgasse 11/7,  
Beisitzer: Antonie Platzer, 1140 Wien, Fenzlgasse 54/8,

Beisitzer: Herta Schwarz, 1140 Wien, Sauergergasse 2/2,  
Opferfürsorgereferent: Johann Ambichl, 1140 Wien, Flötzersteig 165/1/6.

## Währing

### Jahresversammlung

Eröffnung: 19.30 Uhr.

Anwesend: 28 Mitglieder.

Vertreter des Bezirksvorstandes der SPÖ-Bezirksorganisation Währing: Obmann Gemeinderat Franz Schreiner, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Haiden.

1. Begrüßung. Nachruf für: Marianne Goldwerth, Johanna Kaiser, Hermine Klein, Ernst Lackenbacher, Johann Schelhuber, Johann Schneider, Amalia Püringer, Adolf Adler. Kurze Betrachtung „Vor 50 Jahren“, für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

2. a) Pavelka erläutert die Notwendigkeit eines längeren Berichtes, ferner Zweck des Bundes, seine Tätigkeit innerhalb der letzten vier Jahre in bezug auf Gesetzgebung, Demonstration und andere Maßnahmen (Seminar, Broschüren („Der Kämpfer“) usw.

2. b) Pavelka erstattet — infolge Ausscheidens Gen. M. Löw — den Kassenbericht. In der Debatte sprechen Weinmann, Konecny, Aubrunner und Slovencik.

2. c) Slovencik berichtet über die Kontrolle und beantragt Entlastung. Einstimmig angenommen.

3. Wahlen aus dem Plenum ergaben:

Obmann: Franz Pavelka,  
Obmannstellvertreter: Leopold Jurik,  
Kassier: Hermann Kalinhof,  
Beisitzer: Walter Aubrunner und Hans Slovencik.  
Alle einstimmig gewählt.

4. Obmann der Bezirksorganisation Gemeinderat Franz Schreiner sprach über die Probleme der Gemeinde Wien in den nächsten 20 Jahren und daß die Durchführung und Lösung dieser Aufgaben eine beträchtliche Stärkung des Kräfteverhältnisses zugunsten der SPÖ erfordert.

Beschluß der Versammlung auf Antrag Slovenciks: Allgemeine aktive Teilnahme am Wahlkampf 1969.

Pavelka dankte dem Referenten namens der Gewählten für das Vertrauen und appelliert an die Solidarität zur Teilnahme an der Demonstration am 9. Februar und weiteren Kundgebungen.



Johann Sicka. Mit dem „alten Hans“ ist der Älteste der Ortsgruppe Währing des Bundes dahingegangen. Er gehörte noch in die Sturm- und Drangperiode von Gewerkschaften und Partei, wo man wenig Ehren und Würden sammeln konnte, sondern viel Arbeit und Sorge hatte. So war auch sein Weg vorgezeichnet, ein einfacher, bescheidener Vertrauensmann von Gewerkschaft und Partei, vor und nach dem ersten Weltkrieg. Ein Leben wie von vielen anderen, das unterbrochen wurde durch die ökonomisch-soziale Krise, die umschlug in die politische Krise der dreißiger Jahre. Er war schon 54 Jahre alt, als er — und seine Kampfgenossen — den Strom abschaltete, um so das Signal zu geben für die Arbeiter, die Demokratie zu verteidigen gegen die bezahlten Horden der herrschenden Klasse.

Vergeblich die Mühen vorher, vergeblich der Kampf. Jedoch mit der Niederlage der Klasse war auch verbunden Tod und Elend jener, die die Avantgarde der kämpfenden Klasse bildeten. Es hat unseren Toten schwer getroffen. Arbeitslos, wohnungslos, Entfernung von Wien. Wir reden hier nicht von Haft und anderen Drangsalierungen; vorbei. Interessant ist nur, daß die wackere vaterländische Gerechtigkeit unseren Genossen den Faschisten des deutschen Monopolkapitals gleich weitgereicht hat zwecks Hafterneuerung. Auch das ging gemäß dem Zusammenhalten der Familie vorüber in den sieben Jahren des tausendjährigen Reiches. Hoffentlich hat die junge Generation, der er in so manchen Abenden vieles erzählte, etwas davon gelernt. Mit der Aufklärung der Jugend verbrachte unser treuer und teurer Toter den Rest eines langen, ereignisreichen Lebens.

Er war nur ein Mann innerhalb der Kämpfenden unserer Klasse. Doch in der Geschichte und besonders der Geschichte im historischen Sinn, gehört er als aktiver, kämpfender Teil eben des Ganzen dazu.

## Döbling

Am 18. Februar 1969 tagte die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe im Arbeiterheim Döbling, Wien 19, Billrothstraße 48.

Genosse Johann Haas begrüßte die Erschienenen und Genossen Josef Hindels vom Bundesvorstand, den Referenten des Abends. Genosse Karl Mark, der an der 90.-Geburtstag-Feier der Genossin Gabriele Proft teilnahm, ließ sich entschuldigen. An seiner Stelle begrüßte Genosse Leo Hofmann die Jahresversammlung und wünschte der Tagung großen Erfolg.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Genosse Johann Haas den im vergangenen Geschäftsjahr verstorbenen Genossinnen und Genossen Rudolf Bauer, Leopoldine Bittgen, Karl Fänzl, Dr. Friederike Friedmann, Robert Hirschfeld, Rudolf Holzhaacker, Josef Kordina, Elsa Löwe, Oskar Passauer, Erika Poppauer, Johann Schlowak und Josef Strömer. Es ist nicht üblich, einzelne herauszuheben, aber des Genossen Passauer muß besonders gedacht werden. Haas schildert das Leben und Wirken sowie die besonderen Verdienste Passauers im Kampf um Österreichs Demokratie. In eine Gedenkminute wird aller Dahingeschiedenen und der Opfer von 1934 bis 1945 gedacht. Genosse Haas bringt dann den Tätigkeitsbericht. Aus dem umfangreichen Bericht über das abgelaufene Jahr seien die Kranzniederlegungen bei der Gedenktafel am Karl-Marx-Hof und in den nach Viktor Klose, Ernst Rebec und Emil Svoboda benannten Gemeindebauten erwähnt. Starke Delegationen unserer Freiheitskämpfer haben an den Gedenkfeiern des Bundes teilgenommen. Obwohl durch den Abgang zahlreicher verstorbener Mitglieder unsere Bezirksgruppe kleiner geworden ist, können wir eine weitere Erhöhung unseres Mitgliederstandes durch den Neubetritt junger Sozialisten melden.

Im Berichtsjahe konnten wir 46 Genossen Rat und Hilfe gewähren. Ansuchen um einmalige Aushilfen aus dem Ausgleichstaxfonds konnten einer günstigen Erledigung zugeführt werden. Auch aus dem Teil III der Sammelstelle B erhielten bedürftige Genossen Unterstützung. Hervorgehoben soll noch die zahlreiche Teilnahme an der Pilgerfahrt nach Dachau und an dem Freundschaftstreffen in Steyr werden.

Genosse Ernst Nemschitz brachte den Kassabericht der Bezirksgruppe.

Genosse Josef Deim erstattet als Obmann des Wahlkomitees die Vorschläge für den neuen Ausschuß. Es wurden nachstehende Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt.

1. Obmann: Genosse Johann Haas,
2. Obmann: Genossin Grete Ruthner;
1. Kassier: Genosse Ernst Nemschitz,
2. Kassier: Genossin Anna Zachata;
1. Schriftführer: Genosse Rudolf Cervenka,
2. Schriftführer: Genosse Peter Seda;
- Opferfürsorge: Johann Haas;
- Beisitzer: Josef Hindels;
- Delegierter zum Bezirksausschuß: Johann Haas;
- Delegierte zur Bezirkskonferenz: Johann Haas und Grete Ruthner;
- Kontrolle: die Genossen Friedrich Pfündl und Rupert König.

Genosse Johann Haas dankte für das Vertrauen, das ihm durch die Wiederwahl entgegengebracht wurde, versicherte, daß er sich bemühen werde, so wie bisher seine ganze Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einzusetzen. Er schloß mit der Bitte, ihn bei seiner Arbeit recht tatkräftig zu unterstützen.

Genosse Josef Hindels sprach in seinem Referat über den Neofaschismus. Die Wanderausstellung „Niemals vergessen“, die durch Österreich ging, öffnete allen die Augen über das Wesen des Faschismus. Man glaubte, der Faschismus sei erledigt, aber in Deutschland bildeten sich neuerlich die Unbelehrbaren in neofaschistischen Gruppen. Durch den kalten Krieg und den Gegensatz Ost—West sammeln sich die Neonazi. In Österreich glaubte man, daß es nur wenige gibt, die man nicht beachten braucht. Dem ist nicht so. Ein 78jähriger Nazi schreibt ein Buch, und systematisch wird die Jugend an den Schulen und in den ehemaligen Nazifamilien vergiftet. Man versucht, das Gedankengut in neue Formen zu bringen. In den NPD-Versammlungen in Deutschland sind 60 Prozent junge Menschen, in den ersten Reihen sitzen die ehemaligen prominenten Nazi. Redner halten sich an die Theorie Göbbels und hetzen gegen die Demokratie, die Widerstandskämpfer werden als Verbrecher bezeichnet. Die Redner stacheln zum Rassenhaß auf. Der Mord an einer Frau wird einem Fremdarbeiter zugeschrieben, in Wirklichkeit ist der Mörder unbekannt. In der Presse werden Leserbriefe ganz im Nazigeist abgedruckt. Sie sind gegen die Arbeitszeitverkürzung. Der Arbeitsdienst wird als gut bezeichnet. Die „Deutsche National-Zeitung“ hetzt in ihrer Österreich-Ausgabe gegen den Gewerkschaftsbund und gegen die Demokratie, sie schreibt für einen Anschluß an Deutschland und bekämpft offen das Österreichertum.

Der Faschismus in Spanien wird von den USA leider wirtschaftlich unterstützt. In Griechenland ist der Faschismus zur brutalen Macht gekommen, in Portugal herrscht eine Militärdiktatur. Unsere Aufgabe ist es, die jungen Menschen mit den faschistischen Diktaturen zu konfrontieren, die Jugend vertraut zu machen mit dem Kampf gegen den Faschismus. Im März wird eine große Solidaritätskundgebung für die Freiheitskämpfer in Spanien stattfinden. Die Märznummer des „Sozialistischen Kämpfers“ soll verbreitet werden.

An der Diskussion nahmen besonders junge Genossen teil, sie sind der Ansicht, der Faschismus soll verpönt werden. Eine antifaschistische Jugend muß mit den Problemen des sozialistischen Freiheitskampfes vertraut werden. Spanien und Griechenland sollen boykottiert werden. Ein Redner hält eine Bewegung gegen den Neofaschismus für notwendig, die Jugend ist bereit, mitzutun. Der Unterricht an den Mittel- und Hochschulen ist konservativ, die Aktionen der Studierenden Jugend sollen unterstützt werden.

## Aus den Landesorganisationen

### Kärnten

Sitzung des Landesverbandes vom 20. Jänner 1969

#### Tagesordnung:

1. Bericht über die Bundeshauptversammlung vom 9. und 10. November 1968
2. Bericht des Geschäftsführers
3. Bericht über Weihnachtsunterstützungen durch den Kassier
4. Allfälliges

**Punkt 1:** Landesobmann Genosse Atlandeshauptmann Wedenig gab einen ausführlichen Bericht über die Bundeshauptversammlung am 9. und 10. November 1968 in Wien, der von den Genossen Dkfm. Schleicher und Thomas Wieser ergänzt wurde. Es wurde besonders auf die ausgezeichneten Referate anlässlich der Bundeshauptversammlung hingewiesen und der Beschluß gefaßt, eine möglichst große Anzahl der gedruckten Broschüren dieser Referate an Funktionäre der Partei und an Jugendliche zur Verteilung zu bringen.

**Punkt 2:** Der Geschäftsführer Genosse Pawlik berichtete über die abgehaltene Gedenkkundgebung beim Mahmal im Zentralfriedhof in Klagenfurt-Annabichl anlässlich des Nationalfeiertags am 26. Oktober 1968 und über durchgeführte Interventionen. Die zwei letzten Rundschreiben des Bundesvorstandes werden dem Ausschuß zur Kenntnis gebracht. Ebenso die Verbesserungen des Opferfürsorgegesetzes mit 1. Jänner 1969, aber auch die noch offene 20. Novelle zum OFG erörtert. Für das Jugendseminar in Wien im Juni sind bereits Vorbereitungen getroffen worden. Über weitere Aktionen mit der Sozialistischen Jugend und der Sozialistischen Fraktion der Gewerkschaftsjugend Kärntens soll in den nächsten Tagen verhandelt werden.

**Punkt 3:** Landeskassier Genosse Brenter gab einen ziffermäßigen Bericht über Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Jahr 1968 sowie über die Abwicklung der Weihnachtsunterstützungsaktion an bedürftige Mitglieder, die vom Amte der Kärnter Landesregierung, Referat des Genossen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kerstnig, ermöglicht wurde. Auch dieser Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Unter **Punkt 4** wird über das Programm der Arbeitstagung in Wien am 25. Jänner berichtet und dabei von den Ausschußmitgliedern aufmerksam gemacht, daß bei den sozialpolitischen Forderungen der bisherige Steuerfreibetrag von monatlich S 364.— entsprechend einer Forderung schon vor drei Jahren auf mindestens S 1000.— zeitgemäß zu erhöhen wäre.

### Salzburg

#### Jahreshauptversammlung

Der Landesverband Salzburg hat am 9. Februar 1969 im Arbeiterheim Salzburg, Elisabeth-Vorstadt, die diesjährige Jahreshauptversammlung durchgeführt. Landesobmann Ferdinand Putz konnte als Referenten Landtagsvizepräsident Hans Pexa begrüßen.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Schriftführer E. Kittl. Den Kassabericht und den Bericht über die Arbeitstagung in Wien brachte Sepp Heuberger. Die Referate von Landtagsvizepräsident Hans Pexa über die Landtagswahl 1969 und von Gemeinderat Eduard Kittl über Dr. Victor Adler, „Wegbereiter der Republik“, der sich an das grundlegende Referat von Manfred Ackermann, des Ehrenvorsitzenden des Bundes, gehalten hat, wurden mit Beifall zur Kenntnis genommen. Die Teilnehmer an der Jahreshauptversammlung gratulierten Genossin Maria Emhart zur Verleihung der Otto-Bauer-Plakette und Paula Seifried zur Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich (Konsumbewegung) recht herzlich.

Auf Grund eines Beschlusses in der Jahreshauptversammlung legten Landeshauptmannstellvertreter Karl Steinocher und die Vorstandsmitglieder am Mahmal der Opfer für Freiheit und Menschenwürde auf dem Kommunal-Friedhof zur Erinnerung an die Opfer des 12. Februars 1934 einen Kranz nieder.

Die Jahreshauptversammlung nahm einen guten Verlauf. Wir bitten um Kenntnisnahme.

In der Jahreshauptversammlung wurden einstimmig in den Landesverband gewählt:

- Obmann: Ferdinand Putz (Salzburg),  
Stellvertreter: Otto Seifried (Salzburg);  
Kassier: Josef Heuberger (Salzburg, Fanny-von-Lehnert-Straße 23);  
Schriftführer: Eduard Kittl (Salzburg, Girlingstraße 6a);  
Kontrolle: Fr. Fritzenwanker (Saalfelden) und Fritz Stöger (Salzburg, Neumeisterstraße 8);  
Vertreter Hallein: Albert Mitsche (Hallein, Griesrechen);  
Vertreter Saalfelden: Fr. Fritzenwanker (Saalfelden, Markt Nr. 107);  
Vertreter Bischofshofen: Sepp Fuchs (Bischofshofen);  
Vertreter Gastein: Hans Holleis (Badgastein).

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

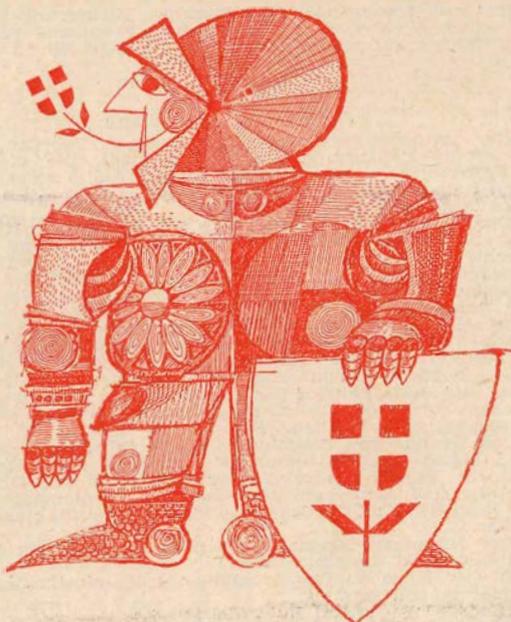
Faul BERNSTEIN, Friedrich BOHAC, Johann HAAS, Franz HEIGELMAYR, Josef HINDELS, Käthe JONAS, Eduard KITTEL, Ella LINGENS, Franz MARKSZ, Rudolfine MUHR, Franz PAVELKA, Hans PAWLIK, Rudolf SCHNEEWEISS.

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1050

**P. b. b.**

**Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück**

**JEDERZEIT SICHERHEIT**



**WIENER  
STÄDTISCHE  
VERSICHERUNG**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer  
Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwort-  
licher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil ver-  
antwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße  
Nr. 18. Telephon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt  
„Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

## Sprechstunden

### in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 ..... Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 ..... Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 .... Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b .... Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgrasse 27 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 .... Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 ..... Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgrasse 2 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I .... Jeden 3. Di.  
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di.  
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgrasse 7 ..... Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 ..... Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 ..... Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 ..... Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 ..... Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der  
Mietervereinigung) ..... Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgrasse 62 ..... Jeden 1. Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 ..... Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgrasse 11 ..... Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock ..... Jeden 1. u. 3. Mo.  
17 bis 18.30 Uhr
22. Donauefelder Straße 259 ..... Jeden 2. Mo.  
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.  
18 bis 19 Uhr

### in unseren Fachgruppen

Polizei: Telephon 63 06 71/243

1. Postgrasse 9, 1. Stock  
Fachausschuß ..... Montag bis Freitag  
der Sicherheitsbeamten ..... 8 bis 16 Uhr

### in unseren Landesverbänden

#### Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, ..... Jeden 1. Sa.  
Bezirkssekretariat der SPÖ .... 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hartigstraße 13, ..... Jeden 1. Sa.  
Buchinger-Heim ..... 9.30 bis 11 Uhr
- Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat  
der SPÖ, Wiener Straße 42, ..... Jeden 1. Mo.  
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,  
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat  
der SPÖ, Körner-Halle ..... Jeden 1. Fr.  
16 bis 18 Uhr

#### Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat  
der SPÖ, Perlmayerstraße 2 ..... Tägl. 9 bis 12 Uhr

#### Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,  
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Tägl. außer Sa.  
Arbeiterkammergebäude ..... 10 bis 12 Uhr

#### Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, ..... Jeden 1. und 3. Mi.  
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 ..... 16 bis 19 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, ..... Jeden 1. Di  
Gasthof Gamsjäger ..... 16 bis 17 Uhr

#### Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-  
Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.  
8 bis 10 Uhr

#### Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, ..... Jeden 1. Mi.  
Zimmer 17 ..... 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur,  
Schillerstraße 22

- Kapfenberg, Volksheim ..... Jeden 2. Mi.  
(Zimmer 14), Wiener Straße .... 16 bis 18 Uhr

#### Tirol:

- Kufstein, Hötendorferstraße 4

### Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 15. April 1969